



Dialogrunde

„ZUSAMMENARBEIT MIT DEN GEMEINDEN UND BETEILIGUNG AM INTEGRATIONSPLAN“

Zentrale Aussagen

Enge Beteiligung von Städten, Märkten und Gemeinden ist zentraler Erfolgsfaktor bei der Erstellung und Umsetzung des Integrationsplans

Von vielen Teilnehmenden wurde darauf hingewiesen, dass die Idee und der Inhalt des Integrationsplans in die Landkreisgesellschaft hineingetragen werden müssen. Das kann nur dann gelingen, wenn der Integrationsplan als Gemeinschaftsprodukt entwickelt und verstanden wird und die Städte, Märkte und Gemeinden dabei zu den zentralen Kooperationspartnern werden – auf allen Ebenen (sowohl auf der Politik- und Verwaltungsebene als auch auf der Ebene der Zivilgesellschaft).

Angesichts der Vielzahl und der unterschiedlichen Ausgangslagen der Landkreis-Kommunen wird deren erfolgreiche Beteiligung am Integrationsplan als die größte Herausforderung gesehen.

In manchen Kommunen im Landkreis (insbesondere in denjenigen mit hohen Anteilen an Migranten und Migrantinnen) wird dem Thema „Integration“ eine große Bedeutung beigemessen, was sich z. B. in den bereits existierenden Strukturen, Netzwerken und festen Ansprechpartnern vor Ort widerspiegelt. Damit sind automatisch gute Anknüpfungspunkte für die Kooperationen bei der Erstellung und Umsetzung des Integrationsplans vorhanden. Eine Herausforderung stellt enge Beteiligung von Kommunen dar, die in Bezug auf Integrationsarbeit vor Ort ganz am Anfang stehen und sich damit aus diversen Gründen (z. B. Ressourcenmangel oder Annahme einer niedrigen Priorität angesichts kleinerer Anteile an Einwohnern und Einwohnerinnen mit Migrationsgeschichte) noch nicht explizit beschäftigt haben.

Während ein Teil der Teilnehmenden sich für die Fokussierung auf interessierte Kommunen ausgesprochen hat, hat der andere dafür plädiert, dass man die Beteiligung von allen Kommunen anstreben und das Thema Integration flächendeckend betrachten soll. Bei den weniger aktiven Kommunen wären eine starke Überzeugungsarbeit und Bewusstseins-schärfung erforderlich. Sie sollen dafür sensibilisiert werden, dass die zunehmende Vielfalt ein zentrales Zukunftsthema ist, von dem der gesellschaftliche Zusammenhalt, friedliches Zusammenleben oder die Attraktivität des Landkreises als Wohn- und Arbeitsort abhängen. Das Thema soll aus Sicht der Teilnehmenden auch in Gemeinderäte getragen werden.

Die Kommunen müssen bei der Umsetzung des Integrationsplans unterstützt werden. Individuelle Rahmenbedingungen sind zu beachten.

Aus Sicht der Teilnehmenden seien Strukturen und Integrationszuständigkeit vor Ort in den Kommunen notwendig. Nur so können die Umsetzung des Integrationsplans und in



Konsequenz eine effektive Integrationsarbeit gelingen. Dies sei bei der Festlegung der Maßnahmen unbedingt zu berücksichtigen, genauso wie die individuellen Rahmenbedingungen der Kommunen. Es wurde für gut erachtet, dass man in der Planung das Handlungsfeld „Zusammenarbeit mit den Gemeinden“ vorgesehen hat, das sich explizit mit diesen Fragen beschäftigen soll (= Welche Ressourcen brauchen die Kommunen? Wie soll die Zusammenarbeit mit übergeordneten / landkreisübergreifenden Stellen gestaltet werden, damit die Kommunen eine essenzielle Unterstützung erfahren können? Was können die Kommunen unter Berücksichtigung ihrer Rahmenbedingungen leisten?)

Der interkommunale Austausch über Integrationsthemen soll gefördert werden.

Durch den interkommunalen Austausch könnten Kommunen, die sich bis jetzt nicht so detailliert mit dem Thema beschäftigt haben, von den Erfahrungswerten der anderen („integrationsstärkeren“) Kommunen profitieren (im Sinne von „Good-Practice-Transfer“). Gleichzeitig soll aber berücksichtigt werden, dass dem Transfer aufgrund der z. T. unterschiedlichen Rahmenbedingungen auch Grenzen gesetzt sind.

Potenzial gäbe es insbesondere bei der Zusammenarbeit von Nachbargemeinden z. B. bei der Schaffung gemeinsamer Angebote.

In vielen Kommunen wird die Integrationsarbeit vor Ort hauptsächlich durch das Ehrenamt getragen. Das Ehrenamt soll als Ergänzung und nicht als Ersatz für die notwendigen regulären Strukturen betrachtet werden.

Viele Teilnehmende wiesen darauf hin, dass das ehrenamtliche Engagement eine zentrale Rolle bei der Integrationsarbeit spielt und aus diesem Grund gestärkt werden muss. Eine wichtige Stärkung wären zum einen Aufwandsentschädigungen und Fahrtkostenübernahme als Standardleistung. Zum anderen sollten die Helfenden bei der Gestaltung der Integrationsarbeit „ernst genommen“ und auf Augenhöhe beteiligt werden. Es wurde betont, dass das Ehrenamt als Ergänzung und nicht als Ersatz für die notwendigen regulären Strukturen zu sehen ist. Es unterliegt einer starken Dynamik und kann keinesfalls die Rolle der tragenden Säule ausfüllen, was vielerorts passiert und zur Folge hat, dass sich die Helfenden aufgrund zu starker Belastung und Frustration zurückziehen. Dabei wurde auch angemerkt, dass für das Ehrenamt gute Koordinierungsstrukturen und enge Kooperation mit dem Hauptamt erforderlich sind.

Für die Erstellung und Umsetzung des Integrationsplans soll ein Begleitgremium installiert werden.

Die Teilnehmenden hielten es für notwendig und sinnvoll, dass der Integrationsplan von einem Gremium begleitet und gesteuert wird. Aufgrund des umfassenden Ansatzes (= alle zentralen Lebensbereiche und deren Wechselwirkung sollen betrachtet werden) sollen in dem Gremium alle anvisierten Handlungsfelder vertreten sein. Den Teilnehmenden war dabei wichtig, dass die im Rahmen des Integrationsplans festgelegten Maßnahmen einen verbindlichen Charakter, klare „Adressaten“ und konkrete Konsequenzen haben. Das Begleitgremium soll so zusammengesetzt werden, dass diesem Anspruch Rechnung getragen wird.



Migrantenvertretungen müssen stärker beteiligt werden.

Bei der Entwicklung des Integrationsplans soll auf die Beteiligung von Migranten und Migrantinnen besonders geachtet werden. Diskutiert wurde in diesem Zusammenhang die Zusammenarbeit mit Migrantenselbstorganisationen. Es wurde angemerkt, dass viele Migrantenorganisationen keine politischen Zielsetzungen verfolgen, sondern ihren Auftrag eher darin sehen, als religiöse, kulturelle, Selbsthilfe-, Wohltätigkeits- oder Freizeit-Zusammenschlüsse aktiv zu sein. Das könnte ein Grund dafür sein, warum sie für solche Anliegen wie Interessenvertretung und Beteiligung am Integrationsplan nicht so einfach gewonnen werden können. Neue Kommunikationswege und -strategien seien hier erforderlich, z. B. durch ein niederschwelliges aktives Zugehen bei Kulturfesten oder über Bildungsorte wie KiTas und Schulen.

Als Maßnahme für die langfristige und stärkere politische Beteiligung von Migranten und Migrantinnen wurde die Einrichtung eines Integrationsbeirats angeregt.